

## Wachsende Ungeduld unter den Tibetern — „Der lange Marsch von Delhi nach Lhasa“ abgesagt

*Tibetische Flüchtlinge* im indischen Exil hatten für den 10. März 1995 einen Friedensmarsch von Delhi nach Lhasa geplant, um von der Welt doch noch Hilfe in ihrer verzweifelten Lage zu erhalten. „Die Zeit geduldigen Wartens ist vorüber, denn es ist deutlich geworden, daß es der internationalen Öffentlichkeit nicht gelungen ist, China von seiner repressiven Politik in Tibet abzubringen“, begründete Professor Samdhong Rinpoche im Februar das Vorhaben.

Der „lange Marsch“ sollte ein „Test“ sein, ehe in Tibet ein „Satyagraha“ nach dem Beispiel Gandhis (passiver Widerstand) für die Gerechtigkeit und Freiheit Tibets lanciert würde. Nach Auffassung Samdhong Rinpoches haben die Tibeter nur zwei Alternativen: „entweder passiv der Auslöschung der tibetischen Religion und Kultur zuzusehen oder Opfer zu bringen, um unser Ziel zu erreichen.“

Auf Ratschlag des Dalai Lama haben die tibetischen Friedensaktivisten diesen Marsch verschoben. Zwar unterstützte er, so Seine Heiligkeit, Gewaltlosigkeit und zivilen Ungehorsam als Mittel der Politik, aber der Zeitpunkt für diesen Friedensmarsch sei falsch gewählt: „Unser Freiheitskampf ist in eine kritische Phase getreten. Große Veränderungen vollziehen sich in China und vielerorts auf der Welt“, und diese müßten mit ins Kalkül gezogen werden. Zu diesem Zeitpunkt, an dem die politische Verfolgung in Tibet einen neuen Höhepunkt erreicht habe, sei eine brutale Niederschlagung der tibetischen Freiheitsbewegung zu erwarten. So empfindet der Dalai Lama diese Aktion nicht nur kurzfristig bedenklich, weil sie zu Blutvergießen führen kann, sondern auch langfristig verheerend, weil es Chinas „Hardlinern“ gelänge, ihre Position zu festigen und die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung der Tibet-Frage auf lange Sicht verspielt wären. „Wenn der richtige Zeitpunkt da ist, werde ich selbst an einer solchen Bewegung teilnehmen,“ gab der Dalai Lama zu verstehen. Auch gab Seine Heiligkeit zu bedenken, daß mit dem Vorhaben die Regierungen Indiens und Nepals mithineingezogen würden, was nicht im Interesse der Tibeter läge. Schon im Vorfeld hatte die nepalesische Regierung aus Solidarität mit China den Demonstranten die Einreise verweigert.

Die Exiltibeter starteten stattdessen am 10. März 1995, dem 36. Jahrestag des tibetischen Aufstandes in Lhasa, einen Friedensmarsch von Dharamsala nach Delhi, um



Für die Tibeter läuft die Zeit: Jedes Jahr demonstrieren sie im indischen Exil gegen die chinesische Besatzung. Es mehren sich Stimmen, den Kampf massiver zu führen.

gegen die Unterdrückung und Zerstörung Tibets durch die Chinesen zu protestieren. Tibetische Nicht-Regierungsorganisationen haben diesen gewaltfreien Protestmarsch organisiert; sie geben damit ihrer Verzweiflung über die Lage in Tibet Ausdruck.

Mit ihrer wachsenden Ungeduld stehen die Tibeter im Exil nicht allein; auch in Tibet mehrt sich der Widerstand gegen die Besatzer. Erst im Januar zogen 200 chinesische Truppen durch das Gebiet nord-östlich von Lhasa, verhafteten 20 Tibeter, darunter auch zwei tibetische Polizisten. Die Tibeter hatten Flugblätter mit dem Titel „Tibet gehört den Tibetern“ verteilt. Die Verhaftung der Polizisten schürt auch den Unmut unter den Tibetern innerhalb der chinesischen Administration. Offenbar besteht die wachsende Bereitschaft, Widerstand zu leisten.

Die Tibeter erfahren Unterstützung durch Solidaritätskundgebungen in vielen Teilen der Welt, besonders in den USA, Kanada und Europa, wo am 10. März Demonstrationen und Friedensmärsche stattfanden.

## Knapp — China bleibt ein Lieblingskind der UNO-Menschenrechtskommission

*China* entging mit äußerst knapper Mehrheit einer Rüge der Genfer Menschenrechtskommission. Mit nur einer Stimme Mehrheit wiesen die Mitglieder eine Resolution der Europäischen Union, der USA und Japans ab. In dem Resolutionsentwurf wird China in milder Form wegen seiner Menschenrechtsverletzungen u.a. in Tibet gerügt und aufgefordert, die Menschenrechte zu achten. Neben den europäischen Staaten, USA und Japan stellten sich erstmals Länder Lateinamerikas hinter die Resolution. Dagegen

unterstützten, neben den asiatischen Nachbarn, viele afrikanische Staaten China — vielleicht weil China vorher mit der Einstellung von Entwicklungsprojekten gedroht hat.

In tibetischen Kreisen wird dieses Ereignis dennoch als Fortschritt angesehen: Es war das erste Mal, daß über die Menschenrechtslage in China abgestimmt wurde. In den vergangenen Jahren wurden die Resolutionsentwürfe jeweils durch „Nichtbefassungsanträge“ abgeschmettert. „Das bisherige Tabu Menschenrechte in China ist durchbrochen worden“, sagte Baum, der deutsche Delegationsleiter.

Dennoch ist das Ergebnis eindeutig zugunsten Chinas ausgefallen, und die Politik der UN-Menschenrechtskommission ist weiterhin doppelbödig und folgt keineswegs universellen Ansprüchen: Während sich die Mitglieder auf eine Resolution einigen konnten, in der Kuba aufgrund der Menschenrechtsverletzungen scharf kritisiert wird, genießt China weiterhin einen Sonderstatus.

---

## **Skandal um Brüssel: Europäische Entwicklungshilfe für chinesische Siedler in Tibet**

*Die Europäische Union* ist wieder einmal mit einem Projekt zur „Entwicklungshilfe“ in die Kritik geraten. Die englische Zeitung „The Observer“ berichtete, daß die Brüsseler Bürokraten der chinesischen Regierung umgerechnet neun Millionen US-Dollar für ein Landwirtschaftsprojekt in Panam, einer Region 200 Kilometer südwestlich von Lhasa, zur Verfügung stellen wollen. Das Projekt, auf fünf Jahre angelegt und ein Drittel der europäischen Entwicklungsgelder für China verschlingend, zielt darauf ab, u.a. durch eine verbesserte Bewässerung die Ernteerträge in der Region zu vervielfachen.

Dabei geht es keinesfalls um Gerste, die von den Tibetern traditionell angebaut wird, sondern um Weizen. Und damit liegt die Vermutung nahe, daß wieder einmal die Ansiedlung chinesischer Siedler forciert werden soll. Peking möchte die Region zwischen Lhasa und Schigatse zum „Brotkorb“ Tibets machen. Das spart ihnen eine Menge Aufwand, denn bisher müssen Jahr für Jahr 40.000 bis 50.000 Tonnen Weizen für die wachsende Zahl chinesischer Migranten aus China nach Tibet gekarrt werden.

Weiter entzündet sich die Kritik von Menschenrechtsgruppen und Entwicklungsexperten an der Vorgehensweise bei diesem europäisch-chinesischen Projekt. Über die Köpfe der einheimischen Tibeter hinweg, sollen europäische Firmen chemische Düngemittel in die Region liefern: 1000 Tonnen Phosphor-Dünger für's erste — aus europäischen Chemiefabriken direkt auf die tibetischen Felder. Die Folgen solcher chemie-intensiven Überproduktionen sind hinreichend bekannt: Die Böden laugen innerhalb kurzer Zeit aus; so vermutet der „Observer“: „Innerhalb einer Dekade wird das Land in Panam eine Wüste sein, wenn dieses Projekt wirklich umgesetzt wird.“

Bei all dem ist zu bedenken, daß die Bewohner der Region Panam keinesfalls am Hungertuche nagen. Panam ist im Anbau von Gerste und Weizen autark und besitzt eine relativ fortschrittliche Infrastruktur und Bewässerung. Dieses „Entwicklungsprojekt“ würde einen rapiden Wandel von der Subsistenzwirtschaft für den eigenen Bedarf hin zu einer Massenproduktion für einen anonymen Markt in Gang setzen — mit all den Folgen, die die meisten armen Länder bereits durchlaufen mußten: Zerstörung traditioneller Wirtschaftsweisen, neue Abhängigkeiten von der Marktwirtschaft inklusive von teuren Maschinen, chemischen Düngemitteln usw. Zwar wohnen in Panam im Moment nur wenige chinesische Siedler, aber immer mehr chinesische Händler suchen die Region auf, um überschüssiges Korn einzukaufen und in Lhasa auf den Markt zu bringen.

Auf Fragen des „Observer“ knüpft Brüssel an dieses Projekt auch eine Verbesserung der Menschenrechte. Aus tibetischen Kreisen ist jedoch zu vernehmen: „Wenn sie wirklich den Tibetern helfen wollen, sollten sie ihr Geld in kleine lokale Projekte stecken wie Dorfschulen und Kliniken, die die Tibeter selbst kontrollieren können.“ Eine Gruppe EG-Parlamentarier brachte im Januar eine Resolution ein, in der sie die Aufhebung des Projekts fordern. Aus Brüssel ist nun zu vernehmen, daß die Vereinbarung zwischen China und der EU aufgrund wachsenden Drucks der Tibet-Organisationen und der Öffentlichkeit noch nicht unterzeichnet ist.

---

## **Menschenrechte — Druck auf Peking wächst**

*Das State Departement* in Washington hat Ende Januar eine Bilanz der Menschenrechtssituation in China gezogen, seit die USA im Sommer die Handelsvorteile (Meistbegünstigungsklausel) verlängert haben. John Shattuck vom Außenministerium mußte auf seinem dreitägigen Besuch in China feststellen, daß keine Verbesserungen hinsichtlich der Rede- und Religionsfreiheit oder der Behandlung von Inhaftierten zu verzeichnen seien. Stattdessen treffe man eine willkürlich agierende Regierung an, die die Menschenrechte verletzt. Wahrscheinlich säßen in China „Tausende politischer Gefangener“ hinter Gittern, die zum Teil extreme Strafen von 20 Jahren aufgebürdet bekommen, weil sie sich für die Demokratie einsetzten.

Washington bereitet offenbar eine massive Kritik an Peking vor. Im Bericht über die Menschenrechte, den das Außenministerium Anfang jeden Jahres veröffentlicht, werden all diese Punkte zur Sprache kommen. Was Tibet betrifft, beklagen die USA die Unterdrückung der Religion, den verweigerten Zugang von unabhängigen Inspektoren in die Gefängnisse, den illegalen Verkauf von Organen liquidierten Gefangener und das harte Vorgehen gegen Journalisten. Ende Januar reagierten die Behörden mißmutig auf Wünsche des Internationalen Roten Kreuzes, unabhängige Besuche in chinesischen Gefängnissen ab-

zustatten; die Organisation wollte politische Gefangene mit eigenen Übersetzern zu ihrer Situation befragen.

Erst im Dezember 1994 hatte eine neue Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen die chinesische Regierung aufgefordert, 51 politische Gefangene, darunter 32 Tibeter, freizulassen, da diese „willkürlich festgenommen“ worden seien. Unter ihnen sind zehn Mönche des Drepung Klosters, die bereits 1989 zu 15 Jahren Haft verurteilt wurden, weil sie Flugblätter über Demokratie und Menschenrechte verteilt hatten. In der Liste der UNO sind weitere 300 politische Gefangene in Tibet noch gar nicht berücksichtigt.

Die „UN-Arbeitsgruppe zu willkürlichen Verhaftungen“ ist ein neu eingerichtetes Organ der UN-Menschenrechtskommission. Diese Arbeitsgruppe ist ein relativ selbständiges Organ, denn sie kann auf Initiative einzelner bzw. Nicht-Regierungsorganisationen Untersuchungen in Ländern einleiten und selbst beurteilen, ob die jeweilige Regierung Verletzungen begangen hat oder nicht.

Mit ihren Vorwürfen bringt die UNO die chinesische Regierung in Verlegenheit, erklärt diese doch bei jeder Gelegenheit, daß China die fundamentalen Grundsätze der UN Menschenrechts-Charta achtet.

---

## **Anti-Dalai Lama-Kampagne: zweite Kulturrevolution in Tibet?**

*Die chinesische Regierung* führt ihre Kampagne gegen den Dalai Lama unerbittlich weiter. Seit Oktober 1994 herrscht für die Tibeter ein absolutes Verbot, Dalai Lama-Bilder zu besitzen. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, Bilder aus ihrem persönlichen Besitz bei den Behörden abzuliefern. In Nagtschu zwangen die Machthaber Nomaden dazu, Bilder Seiner Heiligkeit öffentlich zu verbrennen.

Hinter den immer schärferen Restriktionen steht das erklärte Ziel Pekings, die „weitere Ausbreitung der Religion“ in Tibet zu stoppen. Das schließt aus Sicht der chinesischen Regierung die „nicht-autorisierte Gründung von Klöstern“ ebenso ein wie die „religiöse Einmischung“ in die Erziehung. In offiziellen Dokumenten ist davon die Rede, daß es „zu viel religiöse Aktivität“ gebe. Die Behörden meinen, daß der „Nationalismus“ in den Klöstern zunehme; dies wiederum sei auf den Einfluß des Dalai Lama und seiner „Clique“ zurückzuführen, womit die Tibetische Regierung im Exil gemeint ist.

Die Tibeter beklagen die immer gravierenderen Eingriffe in ihr religiöses Leben, besonders im Verlauf der letzten fünf Monate. Die Behörden begrenzen die Zahl der wiederaufzubauenden Klöster, mischen sich in die Auswahl religiöser Führer ein und drohen mit der Schließung von Klöstern, falls sich die Mönche für die Unabhängigkeit Tibets einsetzen. Mittlerweile sind für besondere religiöse Unterweisungen staatliche Genehmigungen nötig.

## **„Entschuldigung, Li Peng!“ oder „Der Kunde ist König“**

*Deutsche Politiker* wissen sich zu benehmen. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Ramsauer hat sich für die Menschenrechtsdemonstrationen beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng im Sommer entschuldigt. In seinem Brief, der von amnesty international in Auszügen jetzt publik gemacht wurde, schreibt Ramsauer, daß die „große Mehrheit in Deutschland“ die Proteste gegen den „Freund und Handelspartner beschämend“ empfunden habe.

---

## **Tibetisch-Buddhistisches Zentrum in Berlin**

*Im Januar* wurde das Tibetisch-Buddhistische Zentrum Berlin e.V. gegründet. Der Wunsch Geshe Thubten Ngawang, auch in Berlin ein solches Zentrum zu haben, ist Realität geworden. 16 Personen, hauptsächlich Teilnehmer des Systematischen Studiums des Buddhismus, das in Hamburg organisiert wird, sind Gründungsmitglieder des neuen Vereins. Geistiger Lehrer und Leiter ist Geshe Thubten Ngawang.

Als Muster für die Vereinsstruktur diente die Satzung des Tibetischen Zentrums e.V. Hamburg. In Anlehnung daran sehen auch die Berliner die Hauptaufgaben in der Weitergabe der buddhistischen Lehre nach tibetischer Überlieferung, dem Einsatz für Gewaltlosigkeit und Toleranz sowie dem lebendigen Austausch mit den verschiedenen buddhistischen Schulen und anderen Religionen.

Gründungsmitglied Nessim Behar Kremer über die Tätigkeiten:

„Zur Zeit bieten wir jede Woche einen Arbeitskreis zum Systematischen Studium, einen Abend Studium und Meditation des ‚Stufenweges zur Erleuchtung‘ (Lam rim) sowie eine offene Meditations- und Gesprächsgruppe zum Thema ‚Buddhismus im Alltag‘ an. Im Mai 1995 wird Geshe Thubten nach Berlin kommen — zu einem öffentlichen Vortrag im Haus der Kulturen und einer Veranstaltung in den derzeitigen Räumen unseres Zentrums.“

Geplant ist für dieses Jahr weiterhin eine Ausstellung verschiedener Künstler mit anschließender Versteigerung, deren Erlös tibetischen Klöstern zukommen soll.

Auf lange Sicht suchen wir nach geeigneten Räumlichkeiten für das Tibetisch-Buddhistische Zentrum Berlin, so daß wir einen eigenen geistigen Lehrer beherbergen können. Unser Wunsch ist auch weiterhin eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Tibetischen Zentrum in Hamburg und allen anderen Freunden.“

Adresse:

Tibetisch-Buddhistisches Zentrum Berlin e.V.  
Karwendelstraße 36 • 12203 Berlin (Lichterfelde)  
Telefon/Fax: 030-8339362

## Hinweise zur Konferenz buddhistischer Frauen in Leh

Die „Vierte Internationale Sakyadhita Konferenz“ findet definitiv statt vom 1.-7.8.1995 in Leh, Ladakh, Nordindien.

Die Konferenzthemen werden u.a. sein: „Frauen und die Kraft des Mitgeföhls“, „Rechte Ansicht: Tradition und Anpassung“ und „Kindererziehung“. Jede Frau, jeder Mann und jedes Paar ist herzlich eingeladen, an dieser Konferenz buddhistischer Frauen im Himalaya und an den anschließenden „Sightseeing Tours“ (3 Tage) teilzunehmen. Die Sekretärin von Sakyadhita International, Bhikṣuṇī Karma Lekshe Tsomo, gibt Interessenten folgende Ratschläge:

**Flug-Buchung:** Reservieren Sie den Flug nach Delhi und zurück so früh wie möglich, und lassen Sie über Ihr Reisebüro gleich mit INDIAN AIRLINES den Flug von Delhi nach Leh und zurück nach Delhi mitbuchen. Verlangen Sie für die Flüge Delhi-Leh-Delhi eine „confirmed seat booking“.

Um die Reisevorbereitungen zu vereinfachen und die Reisekosten erschwinglich zu gestalten, hat Gabriele Küstermann bereits einen Gruppenflug unter dem Namen „Sakyadhita-Group“ für 16 Personen gebucht. Anmeldungen zu diesem Gruppenflug bitte schnellstmöglich an Gabriele Küstermann, Jungmannstr. 1, 22605 Hamburg, Tel. 040-8804171, Fax 040-8808858 schicken. Die Zeiten und Bedingungen dieses Fluges sind folgende:

- Gemeinsamer Hinflug: 28.7.95 um 13.15 Uhr ab Frankfurt mit Air India nach Delhi. Ankunft in Delhi 29.7.95 um 1.30; am gleichen Morgen Weiterflug mit Indian Airlines 6.40 Uhr nach Leh. Ankunft in Leh: 9.40 Uhr.
- Getrennter Rückflug nach persönlicher Wahl; Zeitpunkt muß aber bei Ausstellung der Tickets festliegen: Jeweils sonntags früh um 2.35 Uhr ab Delhi (13.8., 20.8. oder 27.8.1995). Ankunft in Frankfurt jeweils am gleichen Tag um 7.00 Uhr morgens.

**Flugpreise:** Frankfurt-Delhi-Frankfurt 1.150,00 DM bei gewünschter Anreise per Bahn von jedem deutschen Bahnhof aus nach Frankfurt und zurück plus 100,00 DM (Rail+Fly). Flugpreis Delhi-Leh-Delhi 172,00 US\$ (DM-Preis gem. Umrechnungskurs bei Ausgabe des Flugtickets).

Die Teilnahme an diesem Gruppenflug ist nicht an die Teilnahme der Konferenz gebunden, bildet also für viele Freunde eine günstige Gelegenheit, Ladakh in der schönsten Zeit des Jahres zu besuchen. Den Teilnehmern am Gruppenflug wird ein Visumsantrag zugesandt werden.

**Anmeldung zur Konferenz:** Schicken Sie Ihre Anmeldung zur Konferenz (formlos aber mit genauer Adresse und der Angabe, welche Preiskategorie bei der Unterkunft gewünscht wird: 5,00 US\$, 10,00 US\$ oder 20,00 US\$ pro Tag) zusammen mit der Einschreibgebühr von 80,00 DM (50,00 US\$) in Form eines Verrechnungsschecks an:

Sakyadhita Deutschland, z.Hd. Gabriele Küstermann, Jungmannstr. 1, D-22605 Hamburg.

Gabriele Küstermann hat es im Auftrag von Sakyadhita International übernommen, unter Vermeidung hoher Bankgebühren bei Kleinstüberweisungen die Einschreibgebühr und die Liste der Anmeldungen einmal monatlich bis Ende Mai an Ven. Karma Lekshe Tsomo für alle Interessierten aus deutschsprachigen Ländern weiterzuleiten.

Fügen Sie Ihrer Anmeldung auch einen frankierten Rückumschlag bei für eine Bestätigung Ihrer Anmeldung, des Erhalts Ihrer Einschreibgebühr und für die Zusendung des detaillierten Programms. Oder erhöhen Sie den Scheckbetrag für die Portokosten um 5,00 DM, d.h. statt 80,00 DM gleich 85,00 DM. Sollten Sie über die Einschreibgebühr hinaus eine Spende geben können, erhöhen Sie einfach den Betrag Ihres Verrechnungsschecks. Die Veranstalterinnen wären Ihnen dafür sehr dankbar, da sie für viele Nonnen, speziell aus der Region, für Reisekosten, Unterkunft und Verpflegung werden sorgen müssen.

Wenn Einzelpersonen oder Institutionen die Konferenz mit einer Spende unterstützen können, überweisen Sie diese bitte direkt an: SAKYADHITA, Konto No. 01560499, Bank: PIONEER FEDERAL SAVINGS, 400 Hobron Lane, Honolulu, HI 96815, USA. Stichwort: 4th Int. Sakyadhita Conference.

---

## „Chinas Kulturideologie...“ Seminar in Malente

*Die Tibet Initiative Deutschland e.V.* veranstaltet vom 26. bis 28. Mai 1995 zusammen mit der Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig Holstein e.V. ein Seminar zu „Chinas Kulturideologie am Beispiel Tibets, Ostturkestans und der Inneren Mongolei“. Referenten werden u.a. zu den Themen „Die Sinisierung der „Barbaren“ als grundlegende kulturelle und nationale Aufgabe der Chinesen“ und „Die Rolle der Kulturideologie im Vielvölkerstaat“ sprechen. Die Leitung hat Helmut Steckel. Anmeldungen an: Gustav-Heinemann Bildungsstätte, Schweizer Straße 58, 23714 Malente, Tel: 04523-2570.

---

## Ärzte für Dharamsala gesucht

*Das Tibetan Delek Hospital* in Dharamsala sucht dringend Ärzte, die ab Mai 1995 für mindestens sechs Monate mithelfen. In dem 45-Betten Krankenhaus werden hauptsächlich Infektionskrankheiten und Tbc behandelt; außerdem unternimmt die überwiegend tibetische Crew Besuche zu den tibetischen Siedlungen — auch um die Vorsorge zu verbessern. Bitte schreiben Sie an: Secretary, Tibetan Delek Hospital, Gangchen Kyishong, Dharamsala 176215, District Kangra (H.P.), India. Tel: 0091- 1892-22053, Fax: 0091-1892-22457